



Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2021

Fragen bearbeitet von:

Ye-One Rhie

Partei:

SPD

Disclaimer:

Im Folgenden verwenden wir für sämtliche klimawirksamen Treibhausgase die Bezeichnung CO₂ und gebrauchen in diesem Sinne die Begriffe CO₂ und CO₂-Äquivalente synonym.



Allgemein zum Klima

Mit dem Abkommen von Paris im Jahr 2015 hat sich Deutschland verbindlich dem Ziel verpflichtet, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius, wenn möglich 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen.

Eine schnelle und umfassende Eindämmung des Klimawandels ist daher nicht nur aus moralischen (Klimagerechtigkeit, historische Verantwortung) oder eigennützigen (stabileres Wetter, politische Stabilität), sondern auch aus völkerrechtlichen Gründen in der nächsten Legislatur geboten.

Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Jahr noch den Aspekt der Generationengerechtigkeit hinzugefügt, also das Recht zukünftiger und junger Generationen, nicht alle Einsparungen alleine schultern zu müssen.

Die Folgen einer Erderwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad Celsius sind bereits schwerwiegend (siehe Zusammenfassung der NASA¹). Die Folgekosten des Klimawandels und der in den letzten 30 Jahren versäumten Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung belaufen sich schon jetzt alleine in Deutschland auf viele Milliarden Euro.

1. Betrachten Sie den sich beschleunigenden Klimawandel als die größte Herausforderung der Menschheit in den nächsten Jahrzehnten?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Der Klimawandel ist ebenso wie das Erstarben von nationalistischem Gedankengut und von populistischer Politik eine kaum einschätzbare Gefahr für die Menschen in diesem Land und weltweit. Neben der Gefahr in beiden Bereichen die Kontrolle zu verlieren, müssen wir davon ausgehen, dass der Klimawandel unumkehrbar ist, sollten wir die von der Wissenschaft angemahnten Grenzwerte nicht einhalten können. Ereignisse wie im Juli dieses Jahres und neue Berichte über einen immer schwächer und instabil werdenden Golfstrom, der besonders Europa mit Wärme versorgt und uns somit milde Temperaturen beschert, sollten, wenn nicht schon früher, spätestens jetzt alle Alarmglocken klingeln lassen. Die Bekämpfung des Klimawandels ist jedoch nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wirklich zu bewältigen. Daher setzen wir uns besonders dafür ein, dass jenen Mitmenschen, die möglicherweise als wirtschaftliche und gesellschaftliche Verlierer aus einem vollumfänglichen Strukturwandel hervorgehen, unter die Arme gegriffen wird. Nur, wenn ein solcher Kraftakt mit allen gesellschaftlichen Schichten gedacht wird, kann er langfristig gelingen und birgt nicht die Gefahr dem Populismus und Nationalsozialismus Vorschub zu leisten.

2. Bekennen Sie sich zum 1,5 Grad-Ziel?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Das 1,5°C Ziel ist, nach den heutigen Maßstäben das beste Ergebnis, welches wir noch zu erreichen im Stande wären. Dieses Ziel sollte im Auge behalten und mit allen Mitteln drauf hin gearbeitet werden. Jedoch stehen wir mehr als nur einer Krise gegenüber und sollten die härtesten Maßnahmen zu viele Menschen auf der Strecke lassen, so werden sich viele vermeintlich einfacheren Lösungen zuwenden, welche weder im Einklang mit unseren demokratischen Werten liegen noch im Sinne des Klimaschutzes sind. Bei jeder Maßnahme zu mehr Klimaschutz, welche einen strukturellen Wandel in allen Bereichen unserer Gesellschaft nach sich zieht, muss also eine entsprechende Kompensationen mitgedacht werden.

1 <https://climate.nasa.gov/news/2878/a-degree-of-concern-why-global-temperatures-matter/>



3. Erkennen Sie an, dass innerhalb der kommenden 10 Jahre bereits unumkehrbare Kippunkte überschritten sein könnten, die verheerende Auswirkungen haben könnten?
Ja Nein
4. Erkennen Sie an, dass Wetterextreme der letzten Jahre (z.B. Hitzeperioden, extreme Niederschlagsmengen) zum Teil auf den menschengemachten Klimawandel zurückzuführen sind und solche Ereignisse bei fortschreitender Erderwärmung immer häufiger auftreten werden?
Ja Nein
5. In Deutschland werden 2% der weltweiten Emissionen emittiert. Die Verantwortung Deutschlands für den Ausstoß von CO₂-Emissionen geht aber weit darüber hinaus. Die Berücksichtigung der ausgelagerten CO₂-Emissionen würde zum Beispiel zu einem deutlich höheren Wert führen. Sind Sie bereit, diese Sicht als Grundlage Ihres politischen Handelns festzuschreiben und als Grundlage für alle Gesetzgebungsverfahren zu betrachten?
Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Der augenscheinlich nur geringe Anteil der Bundesrepublik Deutschland an dem weltweit emittierten CO₂ darf weder über den dabei nicht einbezogenen CO₂-Ausstoß durch Konsum und Handel, noch über die Vorbildrolle und Verantwortung, welche Deutschland in der Welt und der Welt gegenüber hat, hinwegtäuschen. Als Konsumgesellschaft sind wir in Teilen auch für den hohen Ausstoß von klima- und umweltschädlichen Substanzen in anderen Staaten mitverantwortlich und durch unsere Handelspolitik auch für den fehlenden Fortschritt bei Umweltstandards und Armutsbekämpfung verantwortlich. Deutschland, als Gewinner der Industrialisierung des vergangenen Jahrhunderts und als Motor des weltweiten technologischen Fortschritts trifft hier eine außerordentliche Verantwortung, die, wenn wir sie wahrnehmen, auch dem Wohlstand unserem Land dienlich sein kann. In diesem Jahr wurde das Lieferkettengesetz im Bundestag beschlossen, welches leider, nach einigen Zugeständnissen an den größeren Koalitionspartner, nicht den Umfang erreicht hat, wie wir uns das als SPD gewünscht haben. So ist nicht nur eine Erweiterung der Verantwortung von Unternehmen für die Arbeitnehmerrechte weiter in die Lieferkette hinein geboten, sondern auch eine Ergänzung rund um Umweltstandards dringend notwendig. Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Erfolge bei der Bekämpfung des Klimawandels, z.B. durch den Ausbau der Elektromobilität, nicht durch umweltschädliche Prozesse im Ausland zunichtegemacht werden.

6. Soll das Lieferkettengesetz um Klimaaspekte erweitert werden, auch für Unternehmen mit weniger als 1 000 Mitarbeiter*innen gelten und nicht nur die ersten Glieder der Lieferkette erfassen?
Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

siehe Antwort zu Frage 5



7. Die Strategie der Suffizienz – “was brauchen wir wirklich” – ist die wirksamste Methode, die Emissionen von CO₂ zu vermeiden und Ressourcen zu schonen. Wollen Sie suffizientes Wirtschaften zur Basis Ihrer Wirtschafts- und Umweltpolitik auf Bundesebene machen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Die Strategie der Suffizienz ist die korrekte Richtschnur nach der wir uns orientieren sollten. Jedoch birgt diese Strategie in ihrer Reinform die Gefahr wichtigen gesellschaftlichen Errungenschaften entgegen zu wirken oder gar umzukehren. Bei der Frage, was brauchen wir wirklich, werden zudem oft völlig unterschiedliche individuelle Schlüsse gezogen. Als Beispiel dafür dient der aktuelle Fortschritt in der persönlichen Fähigkeit zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und dem Zugriff auf Informationen über das Smartphone, welche in der Regel unter starker Umweltbeeinflussung hergestellt werden. Ohne die Möglichkeit Informationen schnell allen verfügbar zu machen und sich als Gruppe einfach und mit kurzen Reaktionszeiten abprechen zu können, wären so wegweisende Proteste wie die von FFF nahezu unmöglich gewesen. Und auch der Zugang zu kritischen Informationen wäre einfacher unter Verschluss zu halten, sollte es ein Interesse darangeben.

8. Werden Sie sich in Anbetracht von häufiger auftretenden Hitzewellen (mit tausenden Toten in Deutschland) und Starkregenereignissen (mit hunderten Toten)² dafür einsetzen, dass Anpassungen an die Folgen des Klimawandels auf der Agenda stehen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Die Klimafolgenanpassung ist, unabhängig von unseren Erfolgen bei der Bekämpfung des Klimawandels, unabdingbar um die Menschen vor den nun schon bestehenden Umweltveränderungen effektiv schützen zu können. Dazu zählt z.B. auch das zur Verfügungstellen von Ressourcen für Kommunen mit wenig Budget zur besseren Anpassung an die Folgen des Klimawandels. In Aachen haben wir das große Glück durch die RWTH in Deutschland auf ein einzigartiges Know-How direkt zugreifen zu können. Ein gutes Beispiel ist hier die Miteinbeziehung von Kaltluftschneisen bei der Bebauung. Ein Verfahren, welches durch die Verfügbarkeit von wissenschaftlichen Studien direkt vor Ort wesentlich einfacher ist. Wir brauchen daher dringend ein System, welches auf Bundesebene solche Maßnahmen auch für kleine und verschuldete Kommunen besser zugänglich macht. Ein anderes Beispiel ist die gute Vernetzung der Stadt Aachen auf Bundes- und Landesebene sowie eine große und gutorganisierte Verwaltung, welche die Kapazitäten und Finanzen hat, um weitere Aufgaben übernehmen und auch entsprechend geschultes Personal einstellen zu können. Es bedarf eines besseren Netzwerkes um hier ärmere Kommunen zu unterstützen. Klimafolgenanpassung muss, so wie die Bekämpfung des Klimawandels im Großen und Ganzen gedacht werden.

9. Wie stehen Sie dazu, dass bereits heute hunderttausende Menschen jährlich aufgrund von Auswirkungen des Klimawandels³ ums Leben kommen und mehrere hundert Millionen Menschen an der Erderwärmung leiden?⁴

Freitextantwort:

Die Not dieser Menschen zeigt eindringlich die Folgen des Klimawandels und die Notwendigkeit des Handelns für mehr Klimaschutz, weltweit und besonders bei uns in den Industrieländern.

2 <https://www.ndr.de/nachrichten/info/podcasts/podcast5126.html>

3 https://www.zeit.de/online/2009/23/klimawandel-tote-studie?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

4 <https://www.theguardian.com/environment/2009/may/29/1>



10. Öffentliche Mittel, als Zuschüsse oder Darlehen, sollen nur für Projekte und Investitionen gewährt werden, die sich am sozio-ökologischen Transformationsprozess orientieren. Dies gilt für inländische (z.B. durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau - KfW) und ausländische (z.B. Hermesbürgschaften) Finanzierungen. Stimmen Sie zu?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Den Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse werden wir durch direkte Investitionsförderung staatlich unterstützen und die derzeitigen höheren Kosten von klimaschonenden Technologien ausgleichen; klima- und umweltschädliche Subventionen werden wir abbauen.

11. Das Umweltbundesamt beziffert die Folgekosten des Ausstoßes einer Tonne CO₂ mit 195 Euro.⁵ Sollten diese Kosten Ihrer Meinung nach vollständig durch eine CO₂-Steuer abgebildet werden? Ab welchem Jahr soll die Angleichung zwischen CO₂-Steuer und Folgekosten erreicht sein?

Freitextantwort:

Die seit Januar 2021 geltende CO₂-Bepreisung mit eher moderatem Anstiegspfad hält die SPD weiterhin für richtig, denn sie soll einen planbaren Weg aufzeigen, auf den sich beispielsweise Gebäudeeigentümer*innen und Autofahrer*innen, aber auch die Industrie bei der Entwicklung neuer Technologien und Produkte einstellen können. Ein sehr hoher Einstiegspreis hätte keine positive Wirkung auf das Klima, aber ungerechte Belastungen zur Folge für diejenigen, für die kurzfristig keine klimaschonenderen Alternativen zur Verfügung stehen, sei es wegen fehlender Infrastruktur oder schlicht fehlender finanzieller Ressourcen.

Weder dürfen bestehende Ungerechtigkeiten vertieft, noch neue geschaffen werden. Deshalb geht es erstens darum, die Einnahmen aus dem CO₂-Preis an die Bürgerinnen und Bürger zurückzugeben, zunächst über die Senkung der EEG-Umlage bis spätestens 2025 auf null. Von dieser deutlichen Senkung des Strompreises profitieren alle Bürgerinnen und Bürger. Und gleichzeitig machen wir strombasierte klimafreundliche Alternativen wie Wärmepumpen oder E-Autos attraktiver. Zweitens setzen wir uns dafür ein, dass der CO₂-Preis für das Heizen von Mietwohnungen vom Vermieter getragen wird, da diese über den energetischen Zustand des Gebäudes bestimmen. Drittens haben wir bereits mit dem Beschluss des CO₂ Preises einen finanziellen Ausgleich für Menschen mit langen Pendelstecken z.B. über eine erhöhte Pendlerpauschale eingeführt sowie für Bahnkunden die Mehrwertsteuer gesenkt. Mit Förderprogrammen wollen wir viertens den Umstieg auf klimafreundliche Technologien für alle ermöglichen. Und fünftens geht es darum, Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten und neue zu schaffen. Deshalb werden wir den Industriesektor in der Transformation unterstützen.



12. Welche drei umweltschädlichen⁶ Subventionen sollten Ihrer Meinung nach am dringendsten abgeschafft oder umweltfreundlich umstrukturiert werden?

1. Kerosinsteuerbefreiung abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:

Die Kerosinsteuerbefreiung im internationalen Flug- und Schiffsverkehr ist auf Grund der Umweltbelastungen durch Flugzeuge und Schiffe ein nicht mehr zu rechtfertigendes Privileg.

2. Dieselprivileg abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:

3. KfZ-Steuer abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:

Die KfZ-Steuer muss sich noch stärker nach dem CO₂-Ausstoß ausrichten und das nicht nur bei Neuzulassungen.

13. Werden Sie in Ihrem Kompetenz-/Zuständigkeitsbereich möglichst viele Hebel in Bewegung setzen, um das Abkommen von Paris einzuhalten?
Welche Hebel werden das sein?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Um in Deutschland bis spätestens 2045 treibhausgasneutral leben, arbeiten und wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom spätestens bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen.

Auch der Gebäudesektor muss schrittweise CO₂-neutral werden. Mit dem CO₂-Preis wollen wir vor allem Investitionen lenken und Vermieter*innen zur Modernisierung motivieren. Gerade im Bestands-Mietwohnungsbau gibt es noch viel zu tun. Wir haben das Ziel, dass bis 2030 fünf Millionen Häuser über innovative Heiz- und Energiesysteme (z.B. Wärmepumpen) versorgt werden. Wir werden gesetzliche Regelungen schaffen, dass der CO₂-Preis von den Vermieter*innen getragen wird. Dabei orientieren wir uns am Ziel der Warmmieten-Neutralität. Zugleich werden wir Investitionen in Wärmenetze und Quartierskonzepte staatlich fördern.

6 <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt/umweltschaedliche-subventionen>
<https://www.greenpeace.de/klimaschaedliche-subventionen>
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/milliardenschwere-subventionen-schaden-dem-klimaschutz-17384905.html>



14. Werden Sie während Ihrer Zeit in Berlin den intensiven Austausch mit Umwelt-, Klima- und Naturschutzinitiativen suchen?

- Ja, ich werde Termine einfordern Ja, aber nicht eigeninitiativ Nein

15. Sind Sie dafür, dass sich Deutschland Ende des Jahres bei der Klimakonferenz in Glasgow für konkreten (also für Maßnahmen und nicht nur für Ziele) und verbindlichen internationalen Klimaschutz inklusive Finanzierungshilfen für die armen und ärmsten Länder einsetzt?

- Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Es gibt - gerade aus sozialdemokratischer Perspektive - noch viel Luft nach oben bei der internationalen Klimafinanzierung. Denn es reicht nicht, nur in den reichen Ländern Klimaschutz zu machen. Wir müssen auch die Entwicklungsländer in die Lage versetzen, ihren Beitrag zu leisten. Das ist nicht nur eine humanitäre, sondern auch eine Frage der Gerechtigkeit. Ich bin deshalb froh, dass die Bundesregierung auf dem letzten G7-Treffen zugesagt hat, ihre Beteiligung am 100-Milliarden-Dollar-Fonds zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in ärmeren Ländern bis 2025 von vier auf sechs Milliarden Euro pro Jahr aufzustocken. Das ist eine Verdreifachung der Mittel innerhalb von zehn Jahren. Ich hoffe, dass jetzt auch andere Industriestaaten folgen, das wäre ein wichtiges Signal für die nächste Weltklimakonferenz im November in Glasgow.



Landwirtschaft und Ernährung sowie Forstwirtschaft

Der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft kommen große Rollen zu. Beide Bereiche sind für direkte Emissionen verantwortlich und haben zusätzlich einen enormen negativen Einfluss auf die Biodiversität. Gleichzeitig können Wiesen und Wälder große Mengen an CO₂ speichern und sind damit bedeutend für den Klimaschutz.

Der Wald ist nicht nur Wirtschaftsfaktor, sondern vor allem als Wasserspeicher, Luftfilter, Senke von Treibhausgasen (THG) und nicht zuletzt zur Erholungs- und Gesundheitsvorsorge wichtig. Die in den letzten 200 Jahren überwiegend geförderten Nadelholz-Monokulturen erfüllen diese Funktionen nur sehr unzureichend. Die Folgen des Klimawandels zeigen zudem, dass sie deutlich stärker für Trockenheit und Stürme anfällig sind als Laubbaumarten. In Anbetracht der Tatsache, dass sich Biodiversitätskrise und Klimakrise gegenseitig anheizen, ist eine schnelle Umsetzung der Biodiversitätsstrategien auf Bundesebene, aber auch auf internationaler und EU-Ebene, vonnöten.

1. Wie ist Ihre Meinung zur Förderpolitik im Agrarsektor?

Sollten die Subventionen (aus Steuermitteln) anders verteilt werden?

Mehrere Antworten möglich

Die Verteilung von Fördermitteln, vor allem nach Fläche, sollte beibehalten werden.

Die Fördermittel sollten zum großen Teil für Ökosystemdienstleistungen der Landwirtschaft (etwa Artenvielfalt, Grundwasserschutz) gezahlt werden.

Die Fördermittel sollten vor allem kleinere Betriebe unterstützen.

Weitere Idee:

Weitere Idee:



2. Die neue Bundesregierung soll das von den Agrarminister*innen der EU-Mitgliedsstaaten beschlossene "Farm-to-Fork"-Prinzip⁷ zügig umsetzen.

Stimmen Sie zu?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Das Farm-to-Fork Prinzip ist ein wichtiges Element, um mehr Nachhaltigkeit in den ganzen Lebensmittelkreislauf zu organisieren, für eine nachhaltige Lebensmittelproduktion, mehr Ernährungssicherheit und für den Übergang zu gesunden, nachhaltigen Ernährungsweisen. Dazu muss es das Ziel sein, die F2F-Strategie in allen EU-Mitgliedstaaten verbindlich umzusetzen.

3. In Schweden, Norwegen, Dänemark und Frankreich wird bereits eine Steuer auf Pestizide erhoben.⁸ Befürworten Sie die Einführung einer Abgabe auf Kunstdünger und Pestizide auf nationaler oder EU-Ebene?

Nur gemeinsam auf EU-Ebene Auch als nationale Regelung Nein

Begründung:

4. Wie soll sich die Menge der Nutztiere in Deutschland verändern?

Deutliche Reduktion Leichte Reduktion Keine Veränderung

Begründung:

Die industrielle Tierhaltung muss zugunsten der artgerechten, umwelt- und klimafreundlichen Tierhaltung als ein Grundpfeiler der ökologischen Landwirtschaft deutlich reduziert werden. Ebenso wichtig ist Regionalität, bei der Lebensmittelproduktion und beim Verbrauch.

⁷ https://ec.europa.eu/food/horizontal-topics/farm-fork-strategy_en

⁸ <https://www.helmholtz.de/erde-und-umwelt/umweltforscher-fordern-pestizidabgabe/>

https://blog.gls.de/landwirtschaft/pestizidabgabe-agrarwende-politisch-anpacken/?pk_campaign=kn10321

<https://www.greenpeace.ch/static/planet4-switzerland-stateless/2019/>

<http://www.umweltinstitut.org>



5. Sind Sie für eine transparentere Kennzeichnung nachhaltiger Lebensmittel im Supermarkt (z.B. Angabe der CO₂-Äquivalente der Produkte, Wasser- und Flächenverbrauch)?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

6. Es gibt viele gute Gründe für eine weitgehend pflanzliche Ernährung,⁹ z.B. bessere Gesundheit, mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz, sicherere Nahrungsmittelversorgung, Risikoverminderung von Pandemien. Sind Sie dafür, dass das Essensangebot in öffentlichen Einrichtungen größtenteils vegetarisch und vegan ist?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ich bin überzeugt, dass wir einen Übergang zu gesunden und nachhaltigen vegetarischen und veganen Ernährungsweisen brauchen. Politik muss hier vorbildlich und überzeugend handeln. Staatlich Verbote lehne ich deswegen ab. Die Ausweitung der Angebote in Kitas, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen ist der richtige Weg. Allerdings müssen auch bei vegetarischer und veganer Ernährung die Umstände bei Herstellung, Transport und die Auswirkungen auf die Gesundheit immer überprüft werden. Allein vegan oder vegetarisch bedeutet nicht automatisch nachhaltig und gesund.



- 7 Nach der im Jahr 2007 beschlossenen Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) sollten eigentlich schon bis zum Jahr 2020 mindestens 5 Prozent der Wälder (10% im öffentlichen Wald) aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen werden und sich durch Naturverjüngung (nach dem Motto „Natur Natur sein lassen“) selbst entwickeln. Auch im Wirtschaftswald sollten zunehmend resilientere und als THG-Speicher (in Wuchs-, Zerfalls- und Totholzphase) besser geeignete heimische Laubbaumarten gepflanzt werden. Nadelhölzer, insbesondere invasive Arten wie die Douglasie, sind keine Lösung.

Werden Sie sich für die schnellstmögliche Umsetzung der Ziele der NBS einsetzen, insbesondere für die Herausnahme besonders wertvoller Waldbereiche aus der forstwirtschaftlichen Nutzung? Werden Sie sich für die großflächige Umsetzung des naturnahen Waldbaus mit klimaresilienteren und THG-speichernden Laubbaumarten einsetzen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Wälder müssen dringend umgebaut werden, um sie auf Dauer anpassungs- und widerstandsfähiger zu machen. Deshalb hat das BMU gemeinsam mit dem BMEL die Förderrichtlinie Waldklimafonds (WFK) bis zum 31. Dezember 2022 verlängert. Damit wurde die Voraussetzung für neue Projekte aus dem Waldklimafonds über den 30. Juni 2021 hinaus geschaffen. Für 2021 stehen 30 Millionen Euro zur Verfügung – fünf Millionen mehr als im vergangenen Jahr. Über das Klima-Sofortprogramm 2022 werden für 2022 sogar 200 Millionen Euro bereitgestellt, um damit ein Modell zur Honorierung der Ökosystemleistungen der Wälder umgesetzt. Mit dem Waldklimafonds unterstützt die Bundesregierung konkret Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau des CO₂-Minderungspotenzials von Wald und Holz sowie zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel.

8. Wald und ungenutzte Flure sind die letzten Bereiche, die Rückzugsgebiete für Tiere sein können. Aufgrund zunehmend intensiverer Agrar- und Forstwirtschaft werden Tiere aus diesen Bereichen immer weiter verdrängt. Der Eingriff in die Natur und die Beeinträchtigung des tierischen Waldlebens haben ebenso durch Freizeitaktivitäten deutlich zugenommen.

In welcher Weise wollen Sie sich für einen nachhaltigen Schutz von Wald und Flur zur Bewahrung von Artenvielfalt einsetzen?

Freitextantwort

In der Agrar- und Forstwirtschaft sehen wir bereits positive Entwicklungen. Die wirtschaftliche Intensivierung nimmt nicht mehr weiter zu. Hier findet ein Umdenken statt. Landbau und Waldbau auf ökologischer Grundlage sind auf dem Vormarsch und überzeugen immer mehr Menschen und Betriebe. Das müssen wir politisch und gesetzgeberisch weiter begleiten. Kinder und Erwachsene suchen und brauchen die Natur für Erholung und Bildung; sie belasten sie aber auch, gerade durch die Corona-Pandemie im verstärkten Maße. Über eine neue bundesweite Tourismusstrategie und regionale Tourismuskonzepte kann ein besserer Ausgleich geschaffen werden, mit mehr ausgewiesenen Schutzgebieten und auch durch Steuerung der touristischen Nutzungen. Neben der Reform der Agrarsubventionen in der EU bedarf es auch der weiteren Überarbeitung des Naturschutzrechts. Die erreichten Fortschritte z.B. beim Insektenschutz in dieser Wahlperiode dürfen nicht über den noch nicht erfolgten Ausstieg aus dem intensiven Einsatz von Herbiziden und Pestiziden (Stichwort Glyphosat) hinwegtäuschen.



- 9 In Deutschland sind lediglich 8 Prozent der Gewässer ökologisch intakt.¹⁰
Die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sind noch lange nicht erreicht.
Sind Sie für die Renaturierung von Gewässern
(z.B. das Anlegen von Retentionsräumen)?
Sind Sie für die Förderung von nachhaltiger Fischerei und für die Ausweitung von
Schutzgebieten in den Gewässern Deutschlands und der EU?

Mehrere Antworten möglich

Renaturierung von Gewässern

Nachhaltige Fischerei

Ausweitung von

Keins davon

SchutzgebietenBegründung:

Weltweit, in der Europäischen Union (EU) und in Deutschland müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit bis 2030 mindestens 30 Prozent der Landfläche und 30 Prozent der Meeresgebiete unter Schutz gestellt sind, mindestens ein Drittel davon unter strengem Schutz. Alle Staaten müssen hier an einem Strang ziehen, um ein effektives Management und qualitative Verbesserungen am Schutzgebietsnetz auf dem Land und auf See zu erreichen.

10. Welche Rolle kommt Ihres Erachtens der (Re-)Aktivierung von CO₂-Senken zu
(z.B. Wiedervernässung von Mooren, Entsiegelung und Renaturierung von Flächen,
Senkung der Neuversiegelungsrate)?

Freitextantwort

Ein besserer Moorschutz ist ein zentraler Baustein, um das Klima zu schützen und Artenvielfalt zu erhalten. Ein Hauptfokus sollte auf Wiedervernässungs-Maßnahmen für derzeit trockengelegte, meist landwirtschaftlich genutzte Moorböden liegen, da diese starke Treibhausgas-Quellen sind. Genauso wichtig ist es, noch erhaltene naturnahe Moore und Moorflächen konsequent vor weiteren Belastungen zu schützen und zusätzliche Moorflächen einer natürlichen Entwicklung zu überlassen.



Energie

Die Energiewende ist essentieller Baustein für die Reduktion von Treibhausgasemissionen,¹¹ da das Verbrennen von fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Gas) besonders viele Emissionen erzeugt. Sogar Organisationen, die den erneuerbaren Energien in der Vergangenheit kritisch gegenüberstanden, wie die aus der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) heraus gegründete IEA (Internationale Energie Agentur), halten das sehr ambitionierte Ziel von 1,5 Grad Celsius Erderwärmung für erreichbar und entwerfen Wege zur Umsetzung.

1. Ist ein Kohleausstieg bis 2038 ausreichend?

- Ja Nein, er sollte früher geschehen – bis spätestens so bald wie möglich.

2. Ist ein Mindestabstand von Windrädern zu Wohnbebauungen von pauschal 1000 Metern sinnvoll?

- Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

3. Eine Solarpflicht für Neubauten und grundlegende Dachsanierungen sollte eingeführt werden, um vorhandene geeignete Photovoltaik-Dachflächen für die Stromproduktion zu nutzen.

Stimmen Sie zu?

- Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

In einem ersten Schritt sorgen wir dafür, dass auf öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten Solar-Strom erzeugt wird. Unser Ziel ist eine Solaranlage auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus.

¹¹ <https://iea.blob.core.windows.net/assets/0716bb9a-6138-4918-8023-cb24caa47794/NetZeroBy2050-ARoadmapfortheGlobalEnergySector.pdf>



4. Welche Hemmnisse für den Bau und Betrieb von Solar- und Windanlagen möchten Sie vordringlich beseitigen?

1. Hemmnis: Fehlende Anreize vor Ort

Lösungsansatz:

Damit die Energiewende vor Ort funktioniert brauchen wir die Bürger*innen und die Kommunen. Die finanzielle Beteiligung der Standortkommunen hat die SPD gerade gegen Union durchgesetzt. In einem Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden vereinbaren wir verbindliche Ausbauziele für erneuerbare Energien wie Sonne, Wind und Geothermie. Wir werden den Mieterstrom und die gemeinschaftliche Eigenversorgung stärken, kommunale Beteiligungsmodelle ausweiten und nachhaltige Stromanleihen auflegen.

2. Hemmnis: Genehmigungsverfahren bei Windkraftanlagen

Lösungsansatz:

Wir beschleunigen die Genehmigungsverfahren bei Windkraftanlagen. Das ist ein wichtiges Anliegen unseres Kanzlerkandidaten Olaf Scholz und soll bereits im ersten Jahr der neuen Wahlperiode gesetzgeberisch umgesetzt werden. Genehmigungsverfahren müssen innerhalb von 6 Monaten durchlaufen sein, statt wie bislang innerhalb von 6 Jahre.

3. Hemmnis: Bürokratischen Aufwand verringern

Lösungsansatz:

Für PV-Anlagen bis 30 kW haben wir gerade in letzter EEG-Reform die bürokratischen Hürden gesenkt. Das muss auch bei größeren Anlagen möglich gemacht werden. Private Besitzer von eigenen PV-Anlagen dürfen nicht mehr genauso behandelt werden wie Unternehmer, die damit verbundenen steuerlichen Pflichten schrecken ab und müssen entfallen.

5. Sehen Sie im Ausbau von Energiespeichern eine dringende Schwerpunktaufgabe, um eine vollständige Energiewende zu schaffen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Der Ausbau von Energiespeichern ist ein absolutes Schlüsselement, um Energieerzeugung und Energieverbrauch in Einklang zu bringen. Für uns als SPD gilt die Devise: Nutzen statt abregeln.



6. Hat Ihre Partei ein Programm mit konkreten Maßnahmen, Ausbauplänen und daraus resultierenden CO₂-Einsparungen, durch das der Stromsektor Deutschlands bis 2030 klimaneutral werden kann?¹²

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Wir steigen aus der Kohle und der Atomkraft aus. Um den steigenden Energiebedarf, besonders durch die Mobilitätswende, zu decken müssen wir jetzt massiv die Erzeugung erneuerbarer Energien ausbauen. Der steigende Stromverbrauch wird von einigen immer wieder in Frage gestellt, bis vor kurzem auch durch das Bundeswirtschaftsministerium. Da wir in allen Bereichen elektrifizieren, muss man für kluge strategische Entscheidungen diese Tatsache akzeptieren. Ich sage aber auch, bis 2030 wird das im Stromsektor realistisch nicht 100% umsetzbar sein. Auch die angeführte Studie "CO₂-neutral bis 2035" geht nicht von 2030 aus. Es gilt hier für uns in der SPD: Je schneller die Stromproduktion klimaneutral ist, desto besser.

- 7 In welcher Weise wollen Sie technologische Maßnahmen zur CO₂-Rückholung aus der Atmosphäre voranbringen?

Freitextantwort

Die Möglichkeiten von CO₂-Rückholungstechnologien wird von uns in der SPD und von großen Teilen der Wissenschaft nach dem derzeitigen Forschungsstand kritisch gesehen. Ein Instrument kann die Nutzung von Kohlenstoffsenken beispielsweise durch Holzbau im Gebäudebereich sein. Wir müssen hier weiter wissenschaftlich forschen und auch die Projekte aus Großbritannien und Schweden bewerten.



Verkehr

In Anbetracht der im neuen Klimaschutzgesetz beschlossenen Sektorziele muss auch der CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor in Deutschland deutlich reduziert werden. Im Vergleich zum Referenzjahr 1990 gab es im Verkehrsbereich keine Reduktion von CO₂-Emissionen.¹³

1. Das Umweltbundesamt hat im Jahr 2020 berechnet, dass ein Tempolimit auf Autobahnen zu erheblichen jährlichen CO₂-Einsparungen führen kann.¹⁴

Da diese Maßnahme finanziell und organisatorisch günstig ist (etwa im Vergleich zu Kaufprämien für E-Autos) und außerdem zu mehr Verkehrssicherheit sowie Lärm-/Schadstoffreduktion beiträgt: Wie stehen Sie zu einem Tempolimit auf Autobahnen, wie es in allen anderen Ländern der EU und des Schengen-Raumes existiert (zwischen 100 und 130 km/h)?

- Tempolimit von 130 km/h (1,9 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Tempolimit von 120 km/h (2,6 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Tempolimit von 100 km/h (5,4 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Ich bin gegen ein Tempolimit auf Autobahnen.

Begründung:

Das Tempolimit von 130 km/h ist die Forderung der SPD.

¹³ <https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/emissionen-des-verkehrs#minderungsziele-der-bundesregierung>
¹⁴ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/verkehrsplanung/tempolimit#tempolimit-auf-autobahnen-https://www.br.de/radio/bayern1/tempolimit-europa-100.html>



2. In Aachen kommen momentan 446 PKW auf 1000 Einwohner*innen.¹⁵ Der aktuelle Bundesdurchschnitt liegt bei 580 PKW pro 1000 Einwohner*innen. Wie sollte sich dieser Wert für Aachen nach einer ökologischen Verkehrswende (2030) entwickelt haben?

- gewachsen um ca. + _____ %
- gesunken um ca. - _____ %
- gleich bleiben +/- 0%

Begründung:

Die Anzahl an PKW als am meisten genutztes Fahrzeug und auch als das Symbol des motorisierten Individualverkehrs wollen wir insgesamt senken, nicht nur in Aachen. Allein die Flächeninanspruchnahme in den Städten durch parkende PKW ist riesig. Neben dem Ausbau des ÖPNV wollen wir Sharing-Angebote verstärken und attraktiver machen. Wir sehen aber auch zukünftig die Notwendigkeit für Individualverkehr, auch in Städten. Zunehmend kaufen sich junge Menschen einen PKW heute dann, wenn sie Kinder bekommen. Auch in Aachen wächst der PKW-Bestand von Jahr zu Jahr. Alleine in den letzten zehn Jahren wuchs dieser um 13 Prozent. Attraktive Innenstädte mit gut erreichbaren Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten können hier gegenwirken. Auch für Menschen in Schichtarbeit haben PKW eine besondere Bedeutung. Ökologisch ist, neben der Reduzierung der Anzahl an PKW, die Umstellung der Antriebstechnologie wesentlich.

3. Werden Sie sich gegen den Ausbau des Straßen-/Autobahnnetzes in Deutschland aussprechen? Werden Sie sich stattdessen für eine massive Förderung des Schienenverkehrs und die schienengebundene Anbindung des ländlichen Raumes einsetzen?

Freitextantwort

Ja, für uns gilt absoluter Vorrang für die Schiene und auch für die Binnenschifffahrt. Trotzdem müssen auch Straßen, nicht Autobahnen, weiterhin aus- und umgebaut werden. Entscheidend ist hier aber eine neue Aufteilung des Straßenraums. Weg vom Auto, hin zum ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Wir brauchen auch neue, moderne Transportsystem für Personen und für Güter, denn nicht alle Orte werden mit der Eisenbahn erreicht werden können. Straßenbahnen sollten innerstädtisch und auch im Außenbereich von Städten ausgebaut werden, auch z.B. für Lastentransport. Wir werden als SPD die Kommunen durch Förderprogramme und ein geändertes Straßenverkehrsrecht dabei unterstützen, mehr Fläche für ÖPNV, Radfahrer*innen und Fußgänger*innen zu schaffen.

4. Soll im Jahr 2030 der nachhaltige öffentliche Personenverkehr deutlich günstiger sein als die Nutzung z.B. des motorisierten Individualverkehrs oder des Flugverkehrs?

- Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ein attraktives Instrument kann dafür z.B. das 365-Euro-Ticket in den Verkehrsverbänden sein.



Städtebau, Bauen, Stadtgrün

„Deutschland ist gebaut“ – und circa 40% des deutschen Energieverbrauchs entfallen auf den Bausektor, inklusive des Betriebs der Gebäude. Ebenso werden etwa 54% des Mülls durch ihn verursacht. Der Ressourcenverbrauch ist mit einem ungefähren Anteil von 40% zu beziffern. Daher bietet der Bausektor eines der größten Einsparpotentiale aller Sektoren.

Auf EU-Ebene werden zurzeit weitgehende Vorgaben entwickelt, um das nachhaltige Bauen voranzutreiben sowie einen Städtebau zu forcieren, der die Folgen des Klimawandels abmildern soll. Hier sind der European Green Deal¹⁶, das New European Bauhaus¹⁷, aber auch die EU-Taxonomie¹⁸ zu nennen.

1. Welche Strategien und konkrete Maßnahmen für das nachhaltige Bauen und einen Städtebau für die Klimafolgenanpassung wollen Sie auf Basis der Vorgaben der EU¹⁹ in der nächsten Wahlperiode prioritär initiieren bzw. fördern?

Lösungsansatz 1 Graue Energie im Baubereich berücksichtigen

Begründung:

Auch bei eingesetzten Materialien beim Bauen muss die CO₂-Intensität betrachtet werden. Das haben wir als SPD im Gebäudeenergiegesetz als Prüfauftrag gesetzlich verankert und in der nächsten Wahlperiode steht die Umsetzung an.

Lösungsansatz 2 Konsequente Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen

Begründung:

Naturmaterialien und Holz können nicht nur als CO₂-Senken dienen, sondern auch zur Kreislaufwirtschaft im Gebäudebereich beitragen.

Lösungsansatz 3 Dual-Use-PV als Klimaanpassung

Begründung:

Photovoltaik-Elemente werden in Zukunft in urbanen Räumen nicht nur zur Erzeugung von Strom genutzt werden, sondern auch als Verschattungselemente fungieren, ähnlich wie schon bei der Agri-PV in der Landwirtschaft, die in einigen Ländern bereits erprobt ist.

Lösungsansatz 4

Begründung:

¹⁶ https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de

¹⁷ https://europa.eu/new-european-bauhaus/index_de

¹⁸ https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-eu-taxonomie_de

¹⁹ https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de

https://europa.eu/new-european-bauhaus/index_de

https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-eu-taxonomie_de



2. Die allergrößte Aufgabe im Bausektor ist die Sanierung des Bestands - nicht der Neubau. Hierbei ist es erforderlich, nicht ausschließlich auf energieeffiziente Maßnahmen auf Gebäudeebene zu setzen. Eine CO₂-neutrale Versorgung unserer Quartiere und Städte spielt hier die zentrale Rolle.

Wie möchten Sie auf Bundesebene über Fördergelder hinaus Maßnahmen anstoßen, um innovative und großräumige Prozesse für klimaneutrale Quartiere zu initiieren und schnell umzusetzen?

Lösungsansatz 1 Bundesprogramm effiziente Wärme

Begründung:

Wir haben als SPD in der Koalition das Bundesprogramm effiziente Wärme eingeführt und werden das Programm verstetigen und ausbauen, um die klimaneutrale Wärmeerzeugung zu erhöhen.

Lösungsansatz 2 Kommunale Wärmeleitplanungen ausbauen

Begründung:

Kommunen haben unterschiedliche Voraussetzungen, daher fördern wir individuelle kommunale Wärmeleitplanungen und die notwendigen Klimaschutzmanager vor Ort, vom Bund finanziert.

Lösungsansatz 3 _____

Begründung:

Lösungsansatz 4 _____

Begründung:

3. Der gesamte Lebenszyklus einer Immobilie steht nicht mehr im Fokus der Investitionen im Gebäudebereich. Investitionen müssen vielfach nach 12-15 Jahren zurückverdient sein. Dies hat nicht nur rasant steigende Mieten, sondern auch einen immensen Flächenverbrauch und erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt zur Folge. Möchten Sie die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, damit der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes den Rahmen für eine Investition bildet?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Entscheidend für das Verhältnis Lebenszyklus und Investition ist das Eigentum, besonders beim Wohnen. Wir fördern als SPD vorrangig öffentliche Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaft, da wir hier die beste Gewähr für langfristige Nutzungsinteressen sehen. Über das kooperatives Baulandmodell aus Hamburg wollen wir verstärkt aber auch private Grundstückseigentümer und Investoren in die soziale Verantwortung einbinden. Die Fehler bei der öffentlichen Wohnungsbauförderung besonders in den 90er Jahren mit zu kurzen Haltefristen dürfen nicht wiederholt werden.



4. Um CO₂-Emissionen zu vermindern und Ressourcen zu sparen, ist es erforderlich, den Baubestand zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dadurch wird gegenüber dem Neubau signifikant weniger CO₂ emittiert und es werden in erheblichem Umfang Ressourcen gespart.

Unterstützen Sie gesetzliche Vorhaben²⁰, welche Abriss vermeiden und eine Weiterentwicklung des Bestandes fördern?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Umfassende Kreislaufwirtschaft ist unser Ziel als SPD. Dabei sind überall recyclingfähige Materialien zu verwenden, die im Kreislauf geführt werden können. Der Ansatz Cradle-to-Cradle, statt dem ausschließlichen Fokus auf Effizienz, ist eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende durchgängige und konsequente Kreislaufwirtschaft. Wir wollen auch sog. digitale Zwillinge als Standard einführen, um auch in Zukunft zu wissen, welche Materialien wo verbaut wurden. Diese sollen nach Lebensdauer austauschbar sein, um sie wieder im Kreislauf zu führen.

5. Für den noch erforderlichen Neubau ist es notwendig, dass Recyclingquoten im Sinne der Kreislaufwirtschaft festgelegt werden. Ebenso muss der Anteil des Einsatzes von natürlichen Materialien gestärkt werden, welche wieder der Natur zugeführt werden können (urban mining / cradle to cradle).
Möchten Sie für den Neubau eine Quote für den Einsatz von rezyklierten und natürlichen Materialien von

100% 75% 50% 0% einführen

Begründung:

Die Frage ist politisch schwer zu beantworten. Der Idealfall wären 100%. Es geht bei den verschiedenen Baumaterialien aber auch um besonders erforderliche Eigenschaften, z.B. statische Belastbarkeit, Brandschutz, u.ä., die nicht jeder natürliche Baustoff mitbringt. Auch Herstellung und Kosten sind unterschiedlich. Als Parlament ist es unsere Aufgabe, bei gesetzlichen Vorgaben immer auch die praktische Umsetzbarkeit und die Folgen für die Gesellschaft und für die betroffenen Menschen und Betriebe mitzuberücksichtigen. Der Stand von Wissenschaft und Technik spielt bei der gesetzlichen Einführung von solchen Quoten ebenso eine Rolle, wie die soziale Auswirkungen von Rechtsvorschriften. Das gilt besonders für uns in der Sozialdemokratie.



6. Wir brauchen eine durchgrünte und damit lebenswerte Stadt.²¹ Dies beginnt bei hochwertiger Aufenthaltsqualität und geht über Entsiegelung, Renaturierung im städtischen Umfeld, Biodiversität, urbane Landwirtschaft, Wassermanagement (Schwammstadt), Maßnahmen gegen die Aufheizung der Städte bis zur Begrünung von Gebäuden.

Wie möchten Sie Prozesse anstoßen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, damit diese Maßnahmen flächendeckend in Deutschland umgesetzt werden?

Lösungsansatz 1 Fassaden in den Blickpunkt nehmen

Begründung:

Es werden bei den benannten Maßnahmen zu oft nur die Horizontalflächen betrachtet. Bei Dächern, entsiegelten Flächen, und Grünanlagen, besteht meist große Einigkeit. Ein Problem in den Innenstädten sind aber auch die Vertikalflächen, also die Fassaden. Die Gebäudehülle muss also auch für die Gesetzgebung mehr in den Blickpunkt. Bislang geht es hier zumeist nur um Dämmung. Das reicht nicht. Wir brauchen moderne Elemente für Fassadenbegrünung und Fassadenbewässerung gerade, um das Stadtklima zu verbessern.

Lösungsansatz 2 Wasser in der Stadt halten

Begründung:

Das bloße Ableiten von Regenwasser aus den Städten ist nicht mehr zeitgemäß. Wir brauchen das Wasser mit seinen positiven Wirkungen (Kühlung, Verdunstung) vor Ort, in der Nachbarschaft. Mittels kluger Abführung von Regenwasser, z.B. auch über Fassaden, und den Bau und die Nutzung von innerstädtischen Speichern muss Wasser in der Stadt genutzt und gehalten werden. Genauso müssen wir eine dezentrale Nutzwassergewinnung fördern. Hier bedarf es einer neuen Herangehensweise seitens der Stadtentwicklungspolitik, sonst werden die klimatischen Probleme in den Städten nicht begegnen können.

Lösungsansatz 3

Begründung:

Lösungsansatz 4

Begründung:



5. Ökologisch bereits wirksame Grünstrukturen wie z.B. Parks, Friedhöfe und Kleingartenanlagen und verwilderte Brachen dürfen nicht gefährdet werden. Eingriffe in diese Strukturen sollten nicht oder nur sehr sensibel erfolgen. Setzen Sie sich nachdrücklich für den Erhalt von urbanen Grünflächen ein?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Beim Schutz von Grünanlagen und Kleingärten haben die Länder eine wesentliche Rolle, insbesondere über die Flächennutzungspläne. Im Bund wollen wir das Bundeskleingartengesetz überarbeiten. Der Erhalt von Brachen sollte im Einzelfall vor Ort geprüft werden, da eine Qualifizierung von innerstädtischen Brachflächen oftmals ökologisch sinnvoller sein kann.



Abfall, Recycling, Kreislaufwirtschaft

Die Vermeidung von Abfällen durch Wiederverwendung und Reparatur ist in den allermeisten Fällen die klimaschonendste Maßnahme. Ist dies nicht möglich, lassen sich durch Recycling Emissionen verhindern und natürliche Ressourcen schonen.

1. Sind Sie für die Ausweitung eines für Hersteller verpflichtenden Pfandsystems/Mehrwegsystems auf weitere Bereiche (z.B. Weinflaschen, Aufstrichgläser, Take-Away-Verpackungen in der Gastronomie)? Dieses System muss lange Transportwege vermeiden und daher auf standardisierten Verpackungen/Behältnissen basieren.²²

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Die SPD hat schon in dieser Legislaturperiode dafür gesorgt: Mit einer Novelle des Verpackungsgesetzes sind Restaurants, Cafés, Imbissbuden und andere, die Essen oder Trinken zum Mitnehmen anbieten, ab übernächsten Jahr verpflichtet, auch Mehrweg-Becher und Mehrweg-Verpackungen anzubieten. Die Mehrweg-Alternative darf nicht teurer sein als das Produkt in der Einwegverpackung und die Mehrweg-Verpackungen müssen vom jeweiligen Restaurant oder Café auch zurückgenommen werden. Kleine Geschäfte, die höchstens fünf Mitarbeiter*innen und gleichzeitig höchstens 80 Quadratmeter Verkaufsfläche haben, sind von der Pflicht ausgenommen, wenn sie ihren Kund*innen auf Wunsch Essen oder Getränke in mitgebrachte Behälter abfüllen. Das bietet sich auch heute schon dort an, wo kein Mehrwegsystem angeboten wird. Außerdem wird die Pfandpflicht konsequent auf alle Einweg-Plastikflaschen und Dosen erweitert. Bisherige Ausnahmen (zum Beispiel bei Fruchtsäften oder alkoholischen Mixgetränken) sind abgeschafft.

2. Wie stehen Sie zu einem Recht auf Reparierbarkeit?

Freitextantwort

Ja, als SPD wollen die Hersteller noch stärker gesetzlich in die Pflicht nehmen. Produkte müssen so gestaltet werden, dass man sie wiederverwenden, recyceln und auch reparieren kann.



3. Frankreich hat 2020 einen Reparierbarkeitsindex²³ (in schwacher Form) für elektrische Geräte eingeführt.

Können Sie sich vorstellen, den Blauen Engel um die Kategorie „Reparierbarkeit“ zu erweitern, sodass beim Einkauf leicht nachvollziehbar ist, wie leicht ein Produkt repariert werden kann?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

4. Durch das Erschließen neuer Rohstoffvorkommen entstehen massive Umweltschäden²⁴ (beispielsweise in Regenwäldern und am Meeresgrund). Der Abbau neuer Rohstoffe lässt sich durch geschlossene Rohstoffkreisläufe wenigstens verringern.

Sehen Sie daher die Notwendigkeit, eine vollumfassende Kreislaufwirtschaft in Deutschland zu etablieren?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Wie bereits oben beschrieben, wollen wir als SPD besonders den Cradle-to-Cradle-Ansatz in allen Bereichen vorantreiben. Die öffentliche Hand muss hier als Vorbild vorangehen und auch ihre Ausschreibungskriterien weiterentwickeln.

²³ <https://posteo.de/en/news/france-will-issue-repairability-scores-for-gadgets-from-2021>
²⁴ <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/dok5/ecuador-kupferminen-bergbauunternehmen-100.html>